Unterrichtung

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 11.10.2016

„Demokratie braucht politische Bildung“ - Eine neue Landeszentrale für Politische Bildung für Niedersachsen

Beschluss des Landtages vom 14.04.2016 - Drs. 17/5565

Politische Bildung hat eine zentrale Bedeutung für unsere Gesellschaft und Demokratie.

Die politische Bildung in Deutschland hat immer wieder eigenes Handeln hinterfragt und Konzepte neu ausgerichtet. Der „Beutelsbacher Konsens“ aus dem Herbst 1976 hat die Grundsätze für politische Bildung mit den Prinzipien Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung festgelegt.

Im „Münchner Manifest“ vom 26. Mai 1997 haben die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen für politische Bildung unter dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung“ den Auftrag an sich selbst formuliert. Sie wollen das demokratische und politische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger stärken und ihre aktive Beteiligung am politischen Leben fördern. Dabei haben sie sich als Leitziele Überparteilichkeit und Objektivität gesetzt.

Der Landtag stellt fest:

– Die politische Bildung hat einen hohen Stellenwert für unsere Demokratie und Gesellschaft und muss gestärkt werden.

– Niedersachsen hat als einziges Bundesland keine Landeszentrale für Politische Bildung. Nach der Schließung wurden viele Aufgaben der Landeszentrale von anderen Institutionen übernommen. Der Dank gilt allen Beteiligten, die sich weiter für politische Bildung in Niedersachsen engagieren. Niedersachsen hat eine große Vielfalt von Trägern und Akteuren der politischen Bildung. So erreichen allein die Träger der Erwachsenenbildung mit ihren Angeboten jährlich rund 100 000 Menschen. Dafür werden 5,3 Millionen Euro aufgewendet. Das Europäische Informationszentrum organisiert landesweite Aktionstage, stellt Informationsmaterial für Europabildung zur Verfügung und vermittelt Ansprechpartner auf europäischer Ebene. Der Landespräventionsrat, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, die politischen Stiftungen, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und viele weitere Akteure engagieren sich ebenfalls in der politischen Bildungsarbeit. Sie werden mit Landesmitteln gefördert. Weitere Aktivitäten, die in verschiedenen Ministerien koordiniert oder von diesen gefördert werden, komplettieren das breit gefächerte Angebot der politischen Bildung in Niedersachsen. Insgesamt stehen jährlich rund 10 Millionen Euro an Mitteln des Landes Niedersachsen für politische Bildung zur Verfügung.

– Niedersachsen braucht eine unabhängige Institution, die zielgruppengerecht und niedrigschwellig arbeitet und kommuniziert, um Menschen für demokratische Prozesse zu begeistern, ihnen Wege der politischen Partizipation zu eröffnen und sie zur Teilhabe an einem gesellschaftlichen Diskurs über akute politische Herausforderungen zu befähigen und zu ermutigen, eine Institution, die eine Unterstützung von Schulen, der Erwachsenenbildung, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Sozialpartnern und Ehrenamtlichen sicherstellt.

– Niedersachsen steht vor den aktuellen Herausforderungen wie z. B. Antisemitismus, verfassungsfeindlichen Bestrebungen wie dem Salafismus, einem massiven Anstieg politisch motivierter Straftaten, einer permanent sinkenden Wahlbeteiligung und abnehmenden Teilhabe an Prozessen politischer Partizipation. Auch die Integration von Geflüchteten und Aufklärung über

Fluchtursachen wird derzeit breit in der Gesellschaft diskutiert. Die Angebote der politischen Bildungsarbeit zu koordinieren und Bedarfe zu erkennen, ist gerade vor den aktuellen Anforderungen von zentraler Bedeutung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine neue Landeszentrale für politische Bildung einzurichten, die eigenständig und unabhängig ist und die alle Trägerinnen und Träger sowie Zielgruppen der politischen Bildung erreicht,

2. bei der Arbeit der Landeszentrale die Einbindung des Landtags, wissenschaftlicher Einrichtungen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

3. Zur Sicherstellung der politischen Überparteilichkeit und der Unabhängigkeit von der Landesregierung sollen nach dem Vorbild der Bundeszentrale alle im Landtag vertretenen Fraktionen im Kuratorium vertreten sein. Der Landtag benennt das Kuratorium mit allen Fraktionen einvernehmlich. Bei der Besetzung der Leitung der Landeszentrale für politische Bildung ist mit dem Kuratorium Einvernehmen herzustellen. Näheres regelt eine Geschäftsordnung.

4. Die Vielfalt der Träger und Akteure der politischen Bildung in Niedersachsen ist beizubehalten und zu fördern. Dabei sind die bestehenden Zuwendungen des Landes für diese Angebote zu sichern und ist die inhaltliche Unabhängigkeit der Angebote nicht einzuschränken.

5. eine Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen einzurichten, die in Kooperation mit Dritten durch Publikationen, Veranstaltungsreihen, Austauschmöglichkeiten und Beratung Trends aufzeigt, eigene inhaltliche Akzente setzt und Diskussionen zusammenführt. Hierbei soll sich die Landeszentrale auch als Dienstleister für die Akteurinnen und Akteure verstehen. Eine größtmögliche Vernetzung von Akteuren aus Wissenschaft, Hochschulen und Universitäten, Sozialpartnern, Erwachsenenbildung, Zivilgesellschaft sowie Religionsgemeinschaften ist dabei anzustreben. Zielgruppe einer Landeszentrale für politische Bildung können neben Schulen, der Jugendbildung, freien Trägern der außerschulischen politischen Bildung und der Erwachsenenbildung, den Sozialpartnern, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen auch Privatpersonen sein.

6. Die Landeszentrale soll eng mit der Stiftung Gedenkstätten und der Agentur für Erwachsenenbildung zusammenarbeiten. Die Landeszentrale nimmt im bundesweiten Kontext die niedersächsische Außenvertretung im Rahmen der Landeszentralen für Politische Bildung wahr. Im Haushalt sind dauerhaft hinreichende Mittel für eine Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung zu stellen. Bei der Einrichtung sollen Doppelstrukturen in der Landesverwaltung vermieden und Synergien genutzt werden.

7. Arbeitsbereiche der Landeszentrale für politische Bildung können z. B. die Aktivierung von Menschen für politische Prozesse, Bürgerbeteiligung, Eine-Welt-Politik, ökonomische Bildung, Wirtschaftspolitik, Kommunalpolitik, landesspezifische Entwicklungen und Gegebenheiten, Wegweiser für gesellschaftspolitisches Engagement sowie die Integration von Geflüchteten sein. Als besondere Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern besteht die Herausforderung, die Zustimmung zum Integrationsprojekt Europäische Union zu stärken und die Diskussion über eine konstruktive Weiterentwicklung dieses Projektes zu intensivieren sowie den Europäischen Gedanken zu fördern.

8. Weitere Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung soll die Aufklärung über die Gefahren durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindliche Bestrebungen sein, dazu zählen u. a. auch die Gefahren der politischen und religiösen Radikalisierung, des Antisemitismus und des Salafismus. Die Werte des demokratischen Rechtsstaats und dessen Gewaltmonopol bilden hierfür die Grundlage. Die Stärkung der Medienkompetenz soll sich in den Angeboten als Querschnittsthema wiederfinden. Eine Zusammenarbeit mit der an einer Hochschule zu initiierenden wissenschaftlichen Dokumentationsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit und politisch motivierter Gewaltbereitschaft ist anzustreben. Die wissenschaftliche Arbeit zu den Phänomenbereichen und Vernetzung zu zivilgesellschaftlichen Initiativen können Bausteine für eine inhaltliche Kooperation sein.

9. Die Angebote der Landeszentrale sollen dezentral in Niedersachsen in allen Landesteilen und auch im Internet initiiert werden. Ein Konzept für Lernorte in Niedersachsen ist zu entwickeln.

10. Die Arbeit der neuen Landeszentrale ist innerhalb von fünf Jahren zu evaluieren.

Antwort der Landesregierung vom 07.10.2016

Politische Bildung hat eine zentrale Bedeutung für unsere Gesellschaft und Demokratie. Niedersachsen hatte als einziges Bundesland über zehn Jahre keine Landeszentrale für Politische Bildung. Niedersachsen braucht eine unabhängige Institution, die zielgruppengerecht und niedrigschwellig arbeitet und kommuniziert, um Menschen für demokratische Prozesse zu begeistern, ihnen Wege der politischen Partizipation zu eröffnen und sie zur Teilhabe an einem gesellschaftlichen Diskurs über akute politische Herausforderungen zu befähigen und zu ermutigen.

Dies vorausgeschickt, wird zu den Nummern 1 bis 10 der Landtagsentschließung Folgendes ausgeführt:

Zu 1:

Am 20.06.2016 hat die Landesregierung beschlossen, im Geschäftsbereich des MWK zum 20.06.2016 eine Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung als nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Hannover zu errichten.

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat den Auftrag, zur Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich demokratischen Grundordnung und zur Stärkung der Demokratie beizutragen. Sie hat die Aufgabe, durch zielgruppengerechte und niedrigschwellige Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen sowie die politische Medienkompetenz und die Bereitschaft zur Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs zu stärken.

Sie soll insbesondere als Impulsgeber, Dienstleistungs-, Koordinierungs- und Vernetzungsstelle für die Akteure im Bereich der politischen Bildungsarbeit fungieren und in Kooperation mit Dritten dazu beitragen, eine umfassende und nachhaltige Angebotsvielfalt im Bereich der politischen Bildung zu fördern und dabei insbesondere auch digitale Möglichkeiten nutzen.

Zu 2:

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung wird in grundsätzlichen Angelegenheiten der politischen Bildung durch einen Fachbeirat, bestehend aus neun sachverständigen Persönlichkeiten - aus der Wissenschaft (zwei Mitglieder - wobei auch der Bereich der Medienkompetenz zu repräsentieren ist), der niedersächsischen Erwachsenenbildung (zwei Mitglieder), dem Landesjugendring (ein Mitglied), den Sozialpartnern (je ein Mitglied) und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft (zwei Mitglieder) -, unterstützt.

Die Einbindung des Landtages bei der Arbeit der Landeszentrale erfolgt durch das Kuratorium, das aus Mitgliedern aller Fraktionen des Landtages besteht.

Zu 3:

Die politische Ausgewogenheit und die Wirksamkeit der Arbeit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung werden von einem aus Mitgliedern aller Fraktionen des Landtages bestehenden Kuratorium sichergestellt.

Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Landtag auf Vorschlag der Fraktionen des Landtages für jede Legislaturperiode benannt.

Die Direktorin/der Direktor wird von der Ministerin/dem Minister für Wissenschaft und Kultur im Einvernehmen mit dem Kuratorium berufen.

Zu 4:

Im Zuge der Errichtung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung wurden keine Mittel für andere Akteure und Initiativen im Bereich der politischen Bildung gekürzt. Die inhaltliche

Unabhängigkeit der Angebote der Träger und Akteure der politischen Bildung in Niedersachsen wird durch die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung nicht eingeschränkt.

Zu 5 und 6:

Das als **Anlage** beigefügte Schaubild stellt beispielhaft, nicht abschließend dar, welche Akteure als zukünftige Kooperationspartner gesehen werden. Des Weiteren werden die Aufgaben der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung noch einmal anschaulich dargestellt.

Die Direktorin/der Direktor vertritt die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung.

Durch die Errichtung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung entsteht ein zusätzlicher Haushaltsmittelbedarf von 950 000 Euro, der im Haushaltsplan 2016 (hier Kapitel 06 80 Titelgruppe 64) veranschlagt ist. In der Mittelfristigen Finanzplanung ist ab dem Haushaltsjahr 2017 eine Summe von 870 000 Euro veranschlagt. Zudem wurde eine Stelle der Besoldungsgruppe A 14 (Oberrätin/Oberrat) ab dem Haushaltsjahr 2016 zusätzlich in Kapitel 06 01 ausgebracht.

Zu 7 bis 9:

Derzeit befindet sich die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung in der Aufbauphase. Die Arbeitsschwerpunkte der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung werden durch die Direktorin/den Direktor, die/der zeitnah berufen werden wird, weiter ausdifferenziert. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu 1. verwiesen.

Zu 10:

Durch den Kabinettsbeschluss vom 20.06.2016 wird das MWK gebeten, die Arbeit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung nach fünf Jahren evaluieren zu lassen.

Anlage

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
Nichtrechtsfähige Anstalt döR im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur
Kuratorium
Besetzung:
MdLs aus allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen
Benennung:
• durch den Landtag
Aufgaben:
• Sicherstellung der politischen Ausgewogenheit und der Wirksamkeit der Arbeit der Nds. Landeszentrale für politische Bildung
• Mitwirkung an der Bestellung der Direktorin/des Direktors
Sicherstellung der politischen Ausgewogenheit
Direktor/Direktorin (A 16 AT)
Geschäftsstelle / Sekretariat
Referenten (2 Stellen TV-L 14)
Sachbearbeitung (4 Stellen TV-L 11)
Unterstützung in grds. Angelegenheiten der politischen Bildung
Fachbeirat
Besetzung:
9 sachverständige Persönlichkeiten
• Wissenschaftler/innen (3)
• Vertreter/in Nds. Bund für Erwachsenenbildung (1)
• Vertreter/in Landesjugendring (1)
• Vertreter/innen der Sozialpartner (2)
• Akteure der Zivilgesellschaft (2)
Berufung:
Minister/in für Wissenschaft und Kultur
Aufgaben:
• Fachliche Beratung in grundsätzlichen Angelegenheiten der politischen Bildung
Aufgaben
• Festigung und Verbreitung des Gedankenguts der freiheitlich demokratischen Grundordnung und Stärkung der Demokratie
• Förderung des Verständnisses für politische Sachverhalte, Festigung des demokratischen Bewusstseins sowie Stärkung der politischen Medienkompetenz und der Bereitschaft zur Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs durch zielgruppengerechte und niedrigschwellige Maßnahmen
• Förderung einer möglichst umfassenden und nachhaltigen Angebotsvielfalt im Bereich der politischen Bildung in Kooperation mit Dritten
vernetzen
• Koordination der Angebote der politischen Bildung in Niedersachsen
• Vernetzung der Akteure der politischen Bildung in Niedersachsen
informieren
• Information der Bürgerinnen und Bürger
• über die Anbieter, Ansprechpartner, Angebote und aktuelle Veranstaltungen
• über übergreifende aktuelle Ereignisse bzw. Themen
• Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch Nutzung digitaler Möglichkeiten (z. B. Online-Angebote, Social Media, Apps)
initiieren
• Impulsgebung für die politische Bildung in Niedersachsen durch
• Entwicklung neuer Formate und Methoden
• Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit
• Themenscouting
Kooperationspartner (Beispiele)
Einrichtungen der Erwachsenenbildung, z. B.
• AEWB
• VHSn
• Landeseinrichtungen
• ARUG/ZDB
Landeseinrichtungen, z. B.
• Stiftung Nds. Gedenkstätten
• Nds. Landesmedienanstalt
• Landespräventionsrat
Wissenschaft
• Universitäten
• Fachhochschulen
Sozialpartner
• Gewerkschaften
• Arbeitgeberverbände
Zivilgesellschaft, z.B.
• Vereine, Verbände
• Politische Stiftungen
• Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.